

N i e d e r s c h r i f t
über die 17. öffentliche Sitzung (3. Wahlperiode) des Rates
am 26. Februar 1981

Anwesend

1. Bürgermeister Thomas -Vorsitzender-
2. Stadtverordneter Althaus, Heinz-Jürgen
3. " Barten, Franz
4. " Arndt, Jürgen
5. " Becker, Werner
6. Stadtverordnete Beims, Rita
7. Stadtverordneter Billich, Jochen
8. " Breuer, Horst
9. " Eberts, Dieter
10. " Frisch, Frank-Wieland
11. " Hähn, Walter
12. " Heß, Helmut
13. " Hübner, Gerhard
14. " Jung, Fritz
15. " Junk, Friedrich
16. " Kass, Uwe
17. " Keuper, Karl-Heinz
18. " Klur, Franz
19. " Knuff, Volker
20. " Krause, Martin
21. " Krömpel, Albert
22. " Linsel, Fritz
23. " Löw, Berthold
24. " Meichelböck, Bernd
25. " Müller, Günther
26. " Müller, Hans
27. " Münker, Berthold
28. " Münker, Hans-Jürgen
29. " Nölling, Helmut
30. " Pohlmann, Karl
31. " Rubertus, Helmut
32. " Schleifenbaum, Karl-Heinz
33. " Schneider, Albert
34. Stadtverordnete Schneider, Hannelore
35. Stadtverordneter Selle, Hans-Peter
36. " Selle, Hilmar
37. " Siebel, Helmut
38. " Stähler, Kurt
39. " Stötzel, Friedhelm
40. " Stücher, Rudolf
41. " Junk, Erich
42. " Weiß, Hartmut

Von der Verwaltung

1. Stadtdirektor Rölller
2. Stadtrat Althaus
3. Stadtbaurat Hanke
4. Städt. Verwaltungsrat Klotz
5. " Siebel
6. Stadtangestellte Peter als Schriftführerin

Punkt 15 :

Antrag der CDU-Fraktion vom 24.2.1981 betr. Einrichtung eines
Untersuchungsausschusses -Bau des Schulzentrums Kreuztal-

Mit Schreiben vom 24.2.1981 hat die CDU-Fraktion unter Bezugnahme auf die zur Ratssitzung am 20.11.1980 gestellte Anfrage betreffend die Baumängel am Schulzentrum Kreuztal die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses -Bau des Schulzentrums Kreuztal- beantragt.

StV Billich verwies auf die ausführliche Begründung zu dem vorliegenden Antrag und erklärte, daß insbesondere zwei Aspekte dazu angetan seien, die Vorgänge, die mit dem Bau des Schulzentrums Kreuztal zusammenhängen und die bis in die heutige Zeit ihre Nachwirkung hätten, durch den Rat der Stadt eingehend erörtern und klären zu lassen. Die CDU-Fraktion sei der Auffassung, daß sich der Rat der Stadt nicht damit zufrieden geben könne, wenn seitens der Verwaltung auf konkrete Fragen Antworten gegeben werden könnten, die nicht zufriedenstellend seien. Wenn nämlich gesagt werde, durch die unglückliche historische Entwicklung sei hier rechtlich schwankender Boden entstanden, und wenn man sehe, daß dieser rechtlich schwankende Boden dazu geführt habe, daß die Beseitigung gravierender Mängel seither verzögert worden sei, weil die Verwaltung sich außerstande sehe, für die Durchführung der Reparaturarbeiten zu sorgen. Er halte es daher für sinnvoll, daß man sich intensiv mit den möglicherweise in der Vergangenheit gemachten Fehlern auseinandersetze, und zwar auch deshalb, weil diese vertragliche Konstruktion sicherlich nicht einmalig sei und weil man weiter meine, daß man aus Fehlern der Vergangenheit Rückschlüsse und Konsequenzen ziehen müsse. Im Bau- und Schulausschuß sei versucht worden, diese Dinge aufzuklären. Das sei bisher nicht gelungen. Zahlreiche Mitglieder des Rates könnten sich zu den damaligen Vorgängen kein klares Bild machen. Auch in der Diskussion zur Mängelbeseitigung habe es unklare Aussagen gegeben. Er stelle aber ausdrücklich für die CDU-Fraktion fest, daß man keine Feststellungen treffen könne und wolle, sondern daß dies dem Untersuchungsausschuß überlassen bleiben solle. Dieser solle einen Abschlußbericht vorlegen, der zukunftsweisend sein und Klarheit bringen solle. Er stelle ausdrücklich fest, daß auch das, was im Innenteil der Anfrage und der Begründung ausgeführt worden sei, keinerlei Tatsachenbehauptungen enthalte, sondern man sich aufgrund der Tatsache, daß ihnen diese Dinge zur Kenntnis gebracht worden seien, verpflichtet gesehen habe, im Interesse des Rates und der Betroffenen hier Klarheit zu schaffen, um ein für alle mal irgendwelche Vorwürfe und Fragen endgültig abzuklären. Man beschuldige niemand, Fehler gemacht oder sich inkorrekt verhalten zu haben. Man sei lediglich der Meinung, daß aufgrund des vorliegenden Sachverhaltes dieser Untersuchungsausschuß eingesetzt werden sollte, der sicherlich mehr in die Dinge eintreten könne als es dem Rat als Ganzes oder seinen Ausschüssen möglich sei. Man sei der Meinung, daß dieser ganze Fragenkomplex, in dem auch schutzwürdige Interessen Dritter enthalten seien, nicht im Bau- oder Schulausschuß en passant behandelt werden sollte. Diese Fragen müßten in nichtöffentlicher Sitzung des Untersuchungsausschusses behandelt werden; er zitiere dies absichtlich aus der Antragsbegründung, weil man nur Fragen stellen wolle. Er meine auch, daß die Sach- und Rechtslage, soweit sie dem Antrag beigefügt sei, dem Rat zur Kenntnis gebracht werden solle. Inwieweit dies auch gegenüber der Öffentlichkeit geschehen solle, obliege der Entscheidung des Bürgermeisters. Den Antrag der CDU-Fraktion, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, bitte er hier und heute zu beraten.

StV Stähler erklärte, daß es der CDU-Fraktion unbenommen bleibe, nach § 12 der Geschäftsordnung einen derartigen Antrag zu stellen. Wenn dieser Antrag dann mit zwei Begründungen vorgelegt werde und man auf die letzte dann nicht eingehen wolle, weil man glaube, es könnte hier unter Umständen die Öffentlichkeit über Dinge informiert werden, die nicht sauber seien, dann sei dies zu Recht geschehen. Denn diese Unterlagen seien der Presse zugegangen. Er glaube, daß man Gelegenheit haben werde, darüber öffentlich zu sprechen. Denn zwischenzeitlich seien sehr wohl Vorwürfe erhoben worden, und er meine, daß derjenige, den es angehe, das Recht habe, darüber zu sprechen, und zwar in aller Öffentlichkeit.

Der Stadtdirektor machte darauf aufmerksam, daß die Bildung von Untersuchungsausschüssen dem geltenden Gemeinderecht unbekannt sei und somit einer rechtlichen Grundlage entbehre.

StV Selle erklärte, daß in Anbetracht der Tatsache, daß der Antrag der CDU-Fraktion gemäß Geschäftsordnung heute hier vorgelegt werden müssen, auch mit allen Unterlagen der Öffentlichkeit vorgelegt worden sei. Er glaube auch, daß das nicht mit einkalkuliert worden sei, damit dann vor dem Hintergrund eines hinter verschlossenen Türen tagenden Ausschusses gleichwohl in der Öffentlichkeit das "Gerüchtemachen" laufen könne. Ob dann irgendwer in der Lage sei, etwas gerade zu rücken, sei fraglich. Herr Stähler habe völlig recht, daß durch den Antrag wie ein roter Faden etwas gehe, was dann zum Schluß klar zum Ausdruck komme. Dies stelle unter Beweis, daß es wenig um die Sache gehe, sondern nur darum, Mitgliedern dieses Rates die Ehre abzuschneiden. Auch die gegenüber Herrn Schleifenbaum vor wenigen Tagen gemachte Bemerkung verdeutliche und beweise, mit welchem Einsatz man sich darum bemühe, ein solches Verfahren anzustrengen. Er erinnere hierbei an das organisierte Verfahren auf Strafanzeige gegen Herrn Stadtdirektor Rölller, wo auch am Ende der Staatsanwalt anderer Auffassung gewesen sei. Auch mit dem jetzt vorliegenden Antrag werde es nicht anders gehen, weil Kollegen der Fraktion mit ihm der Auffassung seien, daß diese Antragsbegründung Punkt für Punkt behandelt und richtiggestellt werden müsse.

Er sei erneut menschlich tief enttäuscht, daß der Vorsitzende einer Fraktion, der die Gelegenheit wahrgenommen habe, auf seiner Silberhochzeit zu tanzen, und der ihm in der Folge Integrität und Fairnis bescheinigt und der Jura studiert habe, hier anonyme Hinweise benutze und zu einer Aktion mache, die er in einem persönlichen Gespräch hätte nachfragen können. Wenn dies dann von einer ganzen Fraktion mitgetragen werde, meine er daran erinnern zu müssen, wie er sich in jüngster Zeit als Bürgermeister bei einer gegen den Stadtdirektor gerichteten Anfrage des StV Krömpel verhalten habe. Er frage sich, wie sich dieses Verhalten mit dem Anspruch einer christlich demokratischen Union vertrage. Er empfehle, Gelegenheit zum Besuch eines Konfirmations- oder Kommuniionsunterrichtes zu nehmen, um die einfachsten Grundbegriffe christlichen Zusammenlebens zu lernen.

Nach diesen Vorbemerkungen bitte er nun seine Fraktionskollegen und die der F.D.P., die vorliegenden Unterlagen bzw. Belege zur Hand zu nehmen und mit zu verfolgen:

"Am 25.7.1972 hat der Bauausschuß unter meinem Vorsitz den Auftrag für das gesamte Rohbauprojekt Schul- und Sportzentrum vergeben. Im Absatz 3 des Protokollauszuges (Beleg Nr. 1) finden

sie die Bemerkung von Herrn Leßmann, daß das mit angebotene Trokaldach der Firma Dynamit Nobel AG nach Möglichkeit nicht ausgeführt werden sollte, wenn die Firma sich nicht dazu bereit erkläre, eine zehnjährige Garantie zu übernehmen.

Nun muß man wissen, daß beim Überreichen der Schenkungsurkunde im Jahre 1968 darauf hingewiesen worden ist, daß die Flick KG davon ausgehen dürfe und müsse, daß bei Durchführung dieses von ihr mitfinanzierten Objektes auch Erzeugnisse ausgeschrieben werden, die aus der Flick-Gruppe kommen. Denn die 3-Millionen-Spende ist nicht von der KG, sondern von in ihr beteiligten Unternehmen gekommen. Ich verweise hierzu auf Beleg Nr. 2, aus dem sie ersehen können, von welchen Firmen der Spendebetrag gezahlt worden ist; darunter auch die Firma Dynamit Nobel mit 750.000 DM. Von vielen Firmen ist man förmlich überlaufen worden mit der Bitte, ihre Erzeugnisse bei Auftragsvergaben zu berücksichtigen. Das führte dazu, daß bei der Ausschreibung durch die Stadt, was die Frage der Dachhaut anging, auch die Trokalfolie mit ausgeschrieben wurde. Ich sage dies auch vor dem Hintergrund, weil die gleiche Folie auf dem Gebäude des Gymnasiums verlegt worden ist und es dort keine Mißstände gibt.

Absatz 4 des bereits zitierten Beschlusses des Bauausschusses vom 25.7.1972, der in der Begründung von Herrn Billich nicht enthalten ist, beweist, daß wir zum damaligen Zeitpunkt einstimmig der Empfehlung von Herrn Leßmann gefolgt sind und bei der Auftragsvergabe für die Rohbauarbeiten die Trokalfolie ausgenommen hatten. Nach dem Bekanntwerden dieses Beschlusses sind Vertreter der Firma Dynamit Nobel auf uns zugekommen und haben sehr nachdrücklich nachgewiesen, daß diese Folie in tausenden von qm verlegt worden sei, und zwar ohne Beanstandungen. In diesem Zusammenhang verweise ich auf das Schreiben der Firma Dynamit Nobel vom 7.12.1972 (Beleg Nr. 3), welches von Herrn Stadtbaurat Groos dem Bauausschuß in seiner Sitzung am 12.12.1972 zur Kenntnis gebracht wurde und auch auf die Bedenken hinsichtlich der Verwendung der Buderus-Öfen. Beide Dinge sollten geprüft werden.

In der Sitzung des Bauausschusses am 23.1.1973 hat dann Herr Groos im Zusammenhang mit den Mehrkosten bei den Erdarbeiten vorgetragen, daß in einem klärenden Gespräch die ursprünglich gegen die Verwendung des Trokal-Daches zum Ausdruck gebrachten Bedenken weitestgehend entkräftet worden seien. Die Firma Dynamit Nobel werde einen kompetenten Dachdecker mit der Ausarbeitung eines neuen Angebotes beauftragen. Dieses Angebot lag in der Sitzung des Bauausschusses am 13.2.1973 mit einer Gesamtsumme von 397.000 DM und einer zehnjährigen Garantieübernahme durch die Firma Dynamit Nobel vor. Der Bauausschuß hat daraufhin die Auftragsvergabe an die Firma Latsch beschlossen.

An diesen Gesprächen habe ich zu keiner Zeit teilgenommen, von daher ist mir die Bezugnahme im Antrag der CDU nicht bekannt gewesen. Mit der "Vereinbarung" hat sich der Bauausschuß im Herbst 1973 nicht mehr beschäftigt, es muß sich hier um eine interne Vereinbarung zwischen der WestBauGe und den am Bau Beteiligten gehandelt haben. Ich gebe zu, daß von Seiten des Stifters sicherlich keine rechtlich bindenden Auflagen gemacht worden sind, es ist aber mit Nachdruck immer wieder darauf hingewiesen worden.

Nachdem ich das im Bauausschuß hinsichtlich der Trokalfolie gelaufene Verfahren aufgezeigt habe, möchte ich mich nunmehr dem Komplex zuwenden, der im Grunde der Anlaß für diesen Antrag ist und der auch meine Vorbemerkungen verständlich macht:

Was die anonym zugeschickten Unterlagen angeht, hätte ich mich anders verhalten, ich hätte zunächst persönlich den Betroffenen um Stellungnahme gebeten. Ich bin aber dankbar, daß ich Gelegenheit habe, hier vor dem Rat die Dinge klarzustellen. Nachdem die Auftragsvergabe erledigt war, habe ich Ende Februar 1973 zusammen mit meinem Komplementär Dr. Reimer, der mit mir 1971 eine Firma mit der Rechtsform einer KG gegründet hatte, die Baumesse in Essen besucht. Ziel der Firma war, Industrieprodukte zu handeln und zu vertreiben. Es ist eigenartig, daß man wohl der Meinung ist, Sozialdemokraten dürften sich nicht selbständig betätigen. Ich werde oft von Mitgliedern des Rates, aber auch von Außenstehenden um Unterstützung bei Auftragsvergaben gebeten und habe auch schon manchem helfen können.

Anlässlich des Messebesuches haben wir mit drei Firmen Vereinbarungen getroffen, eine davon war die Dynamit Nobel. Ich habe keinen Zweifel daran, daß dies rechtens war. Ich bekenne mich als Selbständiger und zahle auch als solcher Steuern. Mit Schreiben vom 7.3.1973 hat die Firma die Zusammenarbeit bestätigt, in den Folgejahren haben wir uns um die Wahrnehmung der Interessen bemüht. Am 27.2.1975 habe ich dann eine Gutschrift über 1.225,20 DM lt. Kontoauszug der Stadtparkasse erhalten. Weil eine falsche Konto-Nr. angegeben war, habe ich die Sache überprüft und mich tel. nach dem Grund der Überweisung erkundigt. Mir wurde von der Firma gesagt, daß es sich um das Objekt Kreuztal handle. Auf meinen ausdrücklichen Hinweis, daß zu diesem Zeitpunkt noch keine Vereinbarung bestand und ich daher das Geld zurücküberweisen werde, wurde mir erklärt, daß eine Rückbuchung schwierig sei, dann sollte ich das Geld doch einer guten Sache zukommen lassen. Das habe ich getan. Denn zum damaligen Zeitpunkt war der SPD-Stadtverband dabei, den fahrbaren Mittagstisch einzurichten und der Awo das dafür erforderliche Fahrzeug zu spenden, hierfür wurde ein Betrag von 5.000 DM zur Verfügung gestellt. Ich wußte aber, daß zur Finanzierung noch 2.000 DM fehlten. Nach Rücksprache mit Dr. Reimer wurde der Gutschriftbetrag von 1.225,- DM auf 2.000 DM aufgestockt, den wir dann der Awo gespendet haben (siehe Beleg Nr. 9).

Das ist das ganze Verfahren, auf das ich Wert legte, deutlich zu machen. Abschließend stelle ich fest, daß es nur wenige Menschen gibt, die aus dem anonymen heraus vorgehen, und Gott sei dank gibt es nur wenig Politiker, die diesen Weg beschreiten, denn er ist von vornherein zum Scheitern verurteilt.

StV Günther Müller stellte fest, daß der Bau- und Planungsausschuß bereits eine lückenlose Darlegung des Verfahrens um die Auftragsvergabe, die Gewährleistungshaftung und die Mängelbeseitigung beschlossen habe. Es sei zugesagt worden, diese Zusammenstellung in der März-Sitzung vorzulegen. Diese Tatsache sei auch der CDU-Fraktion bekannt. Der Bau- und Planungsausschuß sei der kompetente Ausschuß in dieser Angelegenheit, er bitte daher, dem Antrag der CDU-Fraktion nicht zu entsprechen.

StV Billich erklärte, daß die CDU-Fraktion nach den Ausführungen von Herrn Selle schon eine Anzahl von Antworten auf Fragen erhalten habe, die bisher offengeblieben seien. Einen Punkt möchte er dennoch näher beleuchten. Es sei unsinnig, daß in der CDU-Fraktion die Auffassung herrsche, Sozialdemokraten dürften sich nicht selbständig betätigen bzw. man wolle jemandem die "Nase aus den Gesicht schneiden." Auch die CDU-Fraktion sei der Auffassung, daß anonym zugeschickte Briefe in den Papierkorb gehörten. Im vorliegenden Fall habe man anonym zugegangene Unterlagen zum Gegenstand eines Antrages gemacht, weil nicht auszuschließen sei, daß diese Unterlagen

auch Dritten zugegangen seien. Man habe hier Gelegenheit zur Stellungnahme geben wollen, um einer unkontrollierbaren Verbreitung von Gerüchten entgegenzuwirken. Nun habe Herr Selle erklärt, daß ihm die 1.225,20 DM wider Willen zugegangen seien und habe demzufolge den Betrag nicht behalten wollen, sondern ihn aufgestockt auf 2.000 DM der Arbeiterwohlfahrt als Spende zukommen lassen. Es wäre korrekt gewesen, den Betrag zurückzusenden. Daß eine Rückbuchung des Betrages in einer Firma dieser Größenordnung nicht möglich sei, könne nicht überzeugen. Die abgegebene Erklärung hinsichtlich der 1.225,20 DM sei schlüssig und werde zur Kenntnis genommen. Er ziehe den Schluß, daß sich der Sachbearbeiter der Firma mit dem Vermerk "Schulzentrum Kreuztal - entscheidend mitgewirkt" geirrt habe.

Dennoch blieben eine Menge Dinge übrig, die prüfenswert seien. So zum Beispiel die Frage, ob der Beschluß des Bauausschusses vom 13.2.1973 über die Ausführung des TROCAL-Daches der Grund dafür gewesen sei, daß es bis zum Herbst gedauert habe, bis die Haftungsvereinbarung unterzeichnet worden sei. Des weiteren die Frage, ob diese Vereinbarung dazu geführt habe, daß sich die Stadt auf "rechtlich schwankendem Boden" befinde. Er verweise hierzu auf das Schreiben der Architekten Arlt, Philipp und Partner vom 9.12.1980. Er verwies weiter auf das seit Feststellung der Mängel gelaufene Verfahren und warf die Frage auf, was eine 10-jährige Garantie nütze, wenn sie nicht denjenigen, der sie gewähre, dazu zwingt, die entsprechenden Leistungen zu erbringen. Alles in allem halte es die CDU-Fraktion für notwendig, die Dinge zu klären, und zwar nicht, um politisch Kapital daraus zu schlagen, denn immerhin habe man bereits 1979 eine Anfrage mit Mängelliste vorgelegt, sondern im Interesse der Stadt und desjenigen, der aufgrund der anonym vorgelegten Unterlagen in Mißkredit geraten könnte. Mit der Klärung könne entweder einer der drei in Frage kommenden Fachausschüsse (Bau-, Schul- oder Hauptausschuß) beauftragt werden oder aber, was er für besser halte, ein kleines Gremium, welches man auch Arbeitsgruppe nennen könne.

StV Schleifenbaum erklärte unter Bezugnahme auf den Hinweis, daß der Antrag nicht zuletzt im Hinblick auf Herrn Selle geboten gewesen sei, daß er erfreut festgestellt habe, daß man nach den Erklärungen des Kollegen Selle zufrieden sei. Er würde es begrüßen, wenn nunmehr konsequenterweise auch der nächste Schritt vollzogen und im Interesse der Integrität erklärt werde, daß ein möglicherweise zwischenzeitlich mitschwingender Vorwurf vom Tisch sei. StV Billich erwiderte, daß er zuvor die von Herrn Selle vorgelegten Unterlagen sehen möchte.

Stadtrat Althaus erklärte unter Hinweis auf den mehrfach zitierten "rechtlich schwankenden Boden", daß er es bedaure, in welcher Form seine diesbezügliche Erklärung im Schulausschuß zum Gegenstand des Antrages genommen werde. Er erläuterte die im Schulausschuß geführte Diskussion und die auf Befragen von ihm mit ausdrücklichen Vorbehalt erteilten Antworten.

Im weiteren Verlauf der Diskussion bestätigte StV Löw die korrekte Wiedergabe des im Bau- und Planungsausschuß gelaufenen Verfahrens bei Auftragsvergabe an die Firma Dynamit Nobel und erklärte, daß es durchaus legitim sei, bei einer Spende von 3 Mio. DM den Wunsch nach Berücksichtigung bei Auftragsvergaben zu äußern.

Nachdem StV Billich aus der Stellungnahme des StV Junk zum evtl. steuerlichen Vorteil aus der an die AWO erfolgten Spende den Schluß zog, daß Herrn Selle persönlich ein Betrag verblieben sei, daß er aber dabei bleibe, die Erklärung von Herrn Selle zu akzeptieren, betonte StV Selle, daß er bei seinem spontanen Entschluß, den ihm

STADTARCHIV
KREUZTAL
Pro - 28

- 16 -

nicht zustehenden Betrag der Arbeiterwohlfahrt zukommen zu lassen, nicht an steuerliche Bewertungen gedacht habe. Der Grund des Antrages der CDU-Fraktion werde jedoch immer deutlicher.

Der Antrag der CDU-Fraktion auf Einrichtung eines Untersuchungsausschusses/Arbeitsgruppe wurde mit 24 Stimmen bei 18 Gegenstimmen abgelehnt.

Punkt 16 :